

„Eckpunktepapier wenig besser“

FDP-Abgeordneter Klaus Hoher: Für mehr Bioprodukte ist kein Absatzmarkt vorhanden

Von Stefan Zeeh

Hirschberg. „Wir leben in einer irrsinnigen Zeit“, fand der Vorsitzende des FDP-Kreisverbands, Alexander Kohl, am Montag bei einer Veranstaltung zum Thema „Volksbegehren Artenschutz“ im Hilfeleistungszentrum. Da rufe das Europäische Parlament den Klimanotstand aus, pendele aber weiter mehrmals im Jahr von Brüssel nach Straßburg und wieder zurück. Gleichzeitig würden die Landwirte dafür „geprügelt“, dass die Böden zu viel Nitrat enthalten. Es werde aber nicht geschaut, was beispielsweise aus den Kanälen in den Städten an Nitrat in die Umwelt gelange.

Um die Probleme der Landwirte näher zu beleuchten, hatten der FDP-Kreis- und der -Ortsverband mit dem Landtagsabgeordneten Klaus Hoher einen Fachmann eingeladen, der sowohl die politische Seite kennt als auch die der Landwirte. Hoher, der seit 2016 dem baden-württembergischen Landtag angehört, ist Land-, Forst- und Gastwirt.

„Zwei Demeter-Imker in einem Industriegebiet in Stuttgart leiteten das Volksbegehren in die Wege“, blickte Hoher zunächst einmal auf das Zustandekommen des Volksbegehrens. Dessen Titel „Rettet die Bienen“ sah er als „unse-

riös“ an. Wenn es um die Rettung der Bienen ginge, unterschreibe dies jeder. Im Antrag zum Volksbegehren gehe es jedoch gar nicht um die Bienen, sondern um den Artenschutz, so Hoher.

Vorwürfe machte er auch dem baden-württembergischen Innenministerium, das den Antrag geprüft habe. Dieses hätte feststellen müssen, dass darin zwei grundgesetzrelevante Punkte enthalten seien, wodurch ein Quorum von 50 Prozent statt wie jetzt von 20 Prozent für den Erfolg des Volksbegehrens notwendig wäre. So sah Hoher in dem Schutz der Streuobstwiesen eine Enteignung der Besitzer. Darüber hinaus stelle das Verbot des Einsatzes von Pestiziden ein Berufsverbot für Landwirte dar. Denn selbst



Klaus Hoher (l.) und Alexander Kohl beim Vortrag im Hilfeleistungszentrum. Foto: Dorn

Biolandwirte könnten nicht auf den Einsatz von Pestiziden verzichten. Kupfer und Schwefel, die im Biolandbau oftmals zum Pflanzenschutz eingesetzt würden, wären durch das Volksbegehren aber verboten worden.

Nachdem die Unterschriftensammlung zum Volksbegehren begonnen hatte, habe man in Regierungskreisen festgestellt, dass dieses nicht gut laufe. Daraufhin habe Ministerpräsident Winfried Kretschmann einen „Deal“ mit den Initiatoren ausgehandelt, der im Eckpunktepapier mündete. „Das ist aber nur geringfügig besser“, befand Hoher. Der Einsatz von Kupfer und Schwefel wäre zwar nun erlaubt, den vorgesehenen Ausbau des ökologischen Landbaus auf 30 bis 40 Prozent der Fläche kritisierte er jedoch, da für mehr Bioprodukte kein Absatzmarkt vorhanden sei.

Dass man etwas für die Umwelt machen müsse, wollte Hoher nicht bestreiten. Er war sich jedoch mit den Landwirten unter den zehn Zuhörern darüber einig, dass die Geschwindigkeit, mit der jetzt vorgegangen werde, für die Landwirte zu hoch sei. So wies etwa der Vorsitzende des Bauernverbands Großsachsen, Hans Mayer, darauf hin, dass es nun einmal Zeit brauche, um pilzresistente Rebsorten zu entwickeln.